

## Die Schulen müssen saniert werden

### Erste Klassenräume sind geschlossen

Ein „Ende der Schlammschlacht“ zwischen Magistrat und Eltern konstatierten am 19.8. sowohl Bürgermeister Peter Benz (SPD) als auch einige Elternvertreter. Sie hatten die PCB-Sanierung zum Hauptpunkt ihrer öffentlichen Sitzung gemacht und das Lehrerzimmer der Lichtenbergschule war bis auf den letzten Platz besetzt.

Wenige Tage zuvor hatte der Magistrat bekannt gegeben, daß mehrere Klassenzimmer der Lichtenberg-, Käthe-Kollwitz- und Morgensternschule geschlossen werden, weil die PCB-Meßwerte im Sommer zwischen „Faktor 1,8 bis 4,5 höher lagen

als im Januar“ (Oberstudiendirektor Wilfried Schupp, Lichtenbergschule). Messungen in 6 Klassenzimmern der Lichtenbergschule am 29.7. hatten Werte ergeben, die zwischen 1245 und 3425 Nanogramm je Kubikmeter Raumluft lagen. Für den 22.9. sind weitere Messungen deshalb in Auftrag gegeben worden.

#### Kein Abriß

Das Einlenken des Magistrats, die Kinder nicht mehr der Gefährdung auszusetzen, hatte die Atmosphäre soweit entspannt, daß wieder Raum für offene Diskussionen am 19.8. geschaffen war. Das mag aber auch daran gelegen haben, daß die

Magistratshardliner, Umweltdezernent Heino Swyter (FDP) „ich halte nichts vom Messen“ und Dr. Wolfgang Rösch (CDU) „wir haben Wiesbaden zur Stellungnahme aufgefordert“ nicht anwesend waren.

So entwickelte sich ein Informationsabend mit den Sanierungsexperten Professor Dr. Georg Michael Därr, der einerseits zeigt, daß eine Sanierung möglich ist, aber auch, daß es noch viele ungeklärte Probleme gibt. Um es vorwegzunehmen: „Das ist Unsinn, ich hätte gesagt, der Neubau der Lichtenbergschule hier müßte abgerissen werden“, tritt Därr Falschmeldungen des „DE“ (5.6.92) entgegen.

Fortsetzung Seite 2

## Wir Pazifisten

Was sind wir doch für Traumtänzer, für realitätsferne Genossen, für Ökospinner, was für Narren...

Da glauben wir doch tatsächlich, die Menschheit sei ohne Waffengewalt im Zaum zu halten.

Da sind wir gegen eine Bundeswehr – aber das lag vor unserer Zeit, als Adenauers CDU nach der großartigen Erfahrung des 2. Weltkriegs die Wiederbewaffnung durchsetzte – der Frieden blieb so friedlich für uns... (von Frankfurt aus konnten unsere Verbündeten ihre Bombeneinsätze dirigieren und für Nachschub sorgen - ohne „Verluste“)

Was sind wir doch beschränkt, wir Pazifisten, verweichlicht und kurz-sichtig: Nur im Kampf erlebt der Mensch seine wahre Größe! Dankbar sollten wir unseren Politikern sein: Unsere Verteidigungsarmee gibt euch vielleicht einmal via Notstandsgesetzen die Chance zu eigener historischer Größe in heroischem Kampf... (oder wofür sollte das Gesetz sonst sein?)

Da sind wir Pazifisten gegen das erhabene Gefühl des Nationalismus gegen die großartige Wiedervereinigung. Wer ist denn außer uns

so dumm, daß er kein Held sein will, nicht wieder Wer sein will, eben Deutscher? Was sind wir für Zeitgenossen, daß uns nicht vor dem Abenteuer großer Historie der ehrfürchtige Schauer über den Rücken läuft – wenn wir Deutschen den Sieg über die Eindringlinge davon tragen... (wie beispielsweise in Hoyerswerda oder Rostock und anderswo)

Was sind wir doch für Zurückgebliebene, für Schwache, für Feiglinge, daß wir nicht voll wilden Taten-drangs auf die Heldengebeinstätte Jugoslawien stürmen, um uns unsterblichen Ruhm zu erringen... (unserer Nation und unserem Kanzler zur Ehr)

Unsere Parteien wollen den „Schutz der Hilfslieferungen“ und wir sind wieder dagegen! Sie wollen doch nur helfen, den Armen, den Verletzten, den Kindern und den Alten (Soldaten zählen nicht) ... darum lassen unsere Parteien auch Waffenlieferungen zu, denn wer sie einsetzt, schützt doch nur – sich oder andere ... (wie Hussein die Kurden mit deutschem Giftgas vor den Iranern)

Was sind wir doch, wir Pazifisten, für ehrlose Gesellen, daß wir nicht das Schwache gegen das Starke verteidigen, das Gerechte gegen das Ungerechte, das Kroatische gegen das Slawische, daß wir nicht tapfer zum Gewehr des Berufssoldaten greifen, um den Lohn des Starken zu empfangen: den Blutausch des Siegers, das Stehen Mann-gegen-Mann, das Plündern, das Vergewaltigen... (zur Ehre unseres Kriegspropagandisten Augstein / Spiegel)

Wir blinden Narren, sehen wir denn nicht, daß Kriege gegen Zivilbevölkerung geführt und unter Soldaten gewonnen werden? Zum Wohle aller, vor allem aber zu unserem: Gegen die Überbevölkerung, für wirtschaftlichen Wohlstand – alle finden Brot und Arbeit und manche Profit an Zerstörung und Wiederaufbau ... (siehe Hiroshima, Nagasaki, Dresden, Darmstadt...)

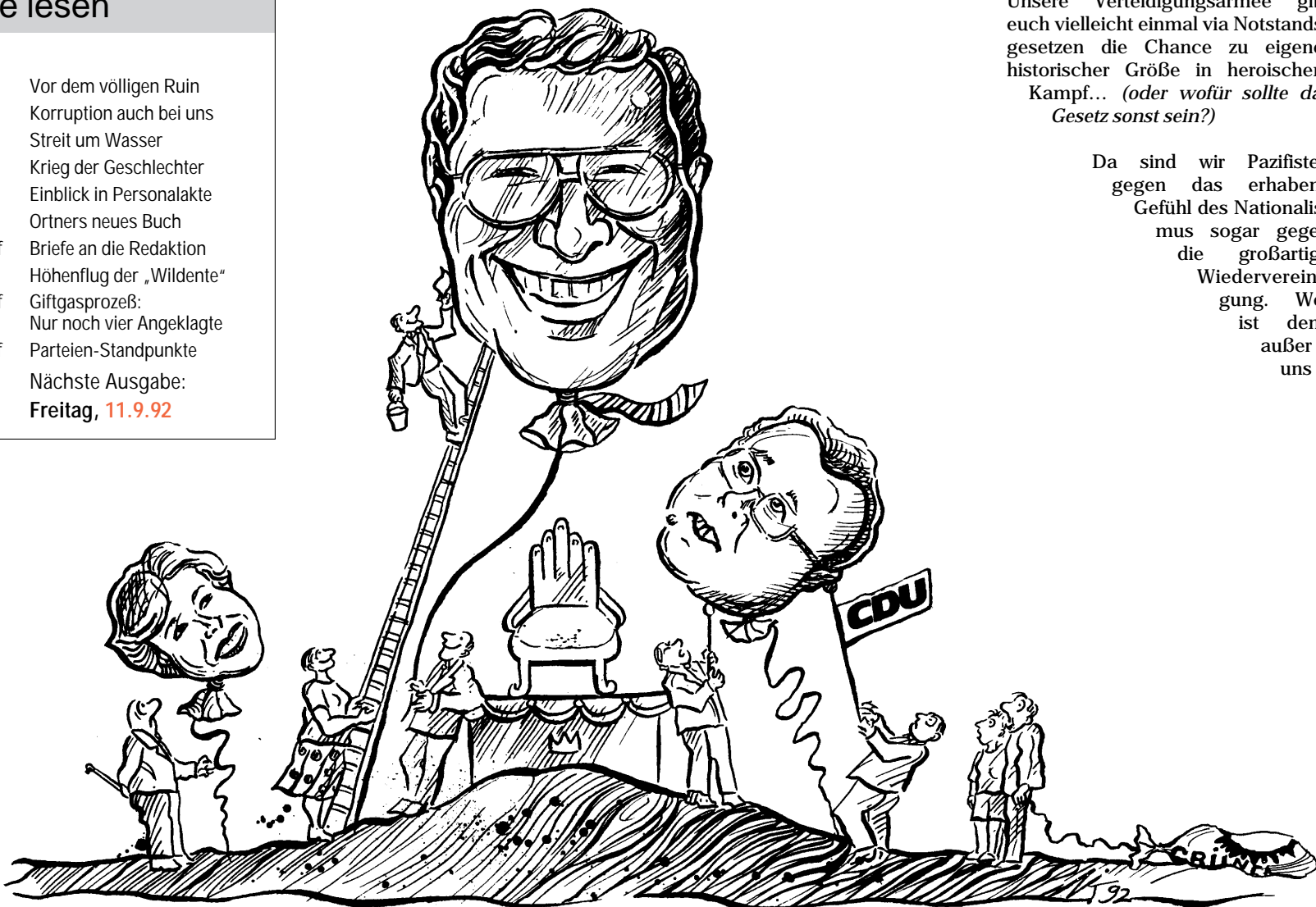
Recht haben Sie! Alle, die den Krieg – Nein! Nicht wollen – aber einsehen. Vergessen wir alle die zerfetzten Leiber, die verstümmelten Opfer, die geschändeten Frauen, die brennenden Städte, die röchelnden Gasopfer, die Skelette in den Massengräbern, die Niedertracht des Einzelnen, die unendlich vielen Bilder grauenhafter Schlachtfelder und Untergräben... verhindern wir das schlechte Gewissen aller Politiker, Offiziere und Wirtschaftsmagnaten ... zu unser aller und dem Wohl unserer Mächtigen... (Auschwitz, Buchenwald, Majdanek, Halabdjia ... eine Erfindung der Pazifisten?)

Das Rad der Geschichte (welch schönes Bild) dreht sich und damit es in Schwung bleibt, brauchen wir Waffen! Spendet für unsere Rüstungsfabrikanten! Ändert endlich das Gesetz der Verlierer, werdet wieder zu Siegern! Schickt den deutschen Soldaten wetteifernd zum Kampf in die Fremde, sich selbst begehrende Macht zum Leben zu erheben, die Größe und Einheit deutschen Geistes in weiter Ferne tapfer zu künden, zu ewiger Ruhe und Ehre und zum Ruhme des Vaterlandes – (in umnachteter Gestrigkeit)

Sanne Borghia

## Sie lesen

- 3 Vor dem völligen Ruin
  - 4 Korruption auch bei uns
  - 6 Streit um Wasser
  - 7 Krieg der Geschlechter
  - 8 Einblick in Personalakte
  - 9 Ortner's neues Buch
  - 10 ff Briefe an die Redaktion
  - 12 Höhenflug der „Wildente“
  - 14 ff Giftgasprozeß:  
Nur noch vier Angeklagte
  - 16ff Parteien-Standpunkte
- Nächste Ausgabe:  
Freitag, 11.9.92



## Wer will Oberbürgermeister werden?

### Kein Rechenschaftsbericht unseres Stadtoberhauptes zur Stadtentwicklungspolitik

Es ist soweit: Der Wahlkampf um die kommunale Macht setzt wieder ein. Die Parteien sammeln Pluspunkte und ihre Kandidaten für den Oberbürgermeister-Sessel sind nominiert – bis auf die Grünen. Dort gibt es eine „Frauenfraktion“, die unbedingt eine Frau nominieren will, der Rest der Grünen überlegt, sucht, und wartet, ob sich nicht jemand findet, der ohne Parteizugehörigkeit den Mut für eine Kandidatur aufbringt. Im Sommer nächsten Jahres ist erstmals nach der Änderung der Hessischen Gemeindeordnung die Möglichkeit gegeben, daß ein Kandidat antritt, der keiner Partei angehört.

#### Marktwirtschaftliches Wahlspektakel

Die SPD will wie seit Bestehen der Republik nicht nur ihre Mehrheit halten, sondern setzt alles daran, den Posten des Stadtoberhauptes bei den Wahlen im Sommer 1993 auch wieder zu besetzen, mit dem amtierenden Bürgermeister Peter

Benz. Die CDU stellt Gerhard O. Pfeffermann vor, der „ernsthaft“ an die Wahl herangeht, „Ich rechne mir gute Chancen aus“. Die FDP setzt auf Ruth Wagner, ihre Landtagsabgeordnete.

FDP, Grüne, CDU – alle würden gern eine oder einen der Ihren als Oberbürgermeister sehen, doch die Chancen sind eher gering, die Hausmacht der SPD ist stark. Und das Gerede über einen sogenannten Achtungserfolg, den ein Kandidat erzielen könnte, ist doch nur Schönfärberei, denn letztlich bleibt an ihr oder ihm das Makel haften, eine Wahl verloren zu haben. Sie verkaufen sich in solch einem Wahl-Spektakel getreu marktwirtschaftlichem Grundsatz: Auch negative Werbung ist Werbung, denn die Aussicht auf Erfolg ist gering. Politik aber lebt vom Erfolg, denn nur er bringt das gerüttelt Maß an Macht, um andere Ziele (so sie dasein sollten) Wirklichkeit werden zu lassen.

Erfolg ist auch kalkulierbar: Eine Einigung der Oppositionsparteien, Grüne und CDU, auf eine Person, die parteilos ist, die

im Wahlkampf von beiden Fraktionen unterstützt worden wäre, hätte fast sichere Aussichten auf Erfolg gehabt, denn auch bei den Sozialdemokraten ist keineswegs geschlossene Einheit für den Kandidaten Benz anzunehmen. Mit dem Aufstellen eigener Kandidaten sinkt jedoch die Chance der Parteien, die da heißt: Endlich einmal dem Parteienproporz und der so selbstverständlichen Pöstchen- und Auftragschieberei einen Riegel vorzuschieben – daran allerdings ist auch die CDU beteiligt. Womit es sich als illusorisch erweist, auf einen gemeinsamen Wahlgang der Parteien zu setzen – da gibt es noch nicht einmal Gesprächskontakte. Lediglich Pfeffermann signalisiert, „sollten die Repts kommen, mit denen haben wir nichts gemein – alle anderen könnten Partner sein, wenn es um die Sache und die 50,5, Prozent geht“.

Aber nicht die Parteien bestimmen, wer Oberbürgermeister wird, das ist Sache von uns WählerInnen. Es liegt an uns, für ein Stück mehr parlamentarische Kontrolle zu

sorgen, für eine neue andere Stadtentwicklungspolitik und nicht irgendwelche Köpfe irgendwelcher Wahlplakate zu unseren Favoriten zu machen.

Das eigentliche Stichwort für die OB-Wahl heißt: Stadtentwicklungspolitik. Unser Altoberbürgermeister Sabais hat 1981 einen Zehnjahres-Bericht vorgelegt, quasi einen Rechenschaftsbericht. Nicht, daß er besonders sozial engagiert oder gar das Godesberger-Programm hätte verwirklichen wollen oder können – Nein! Er war konservativ, erkonservativ – aber und das ist heute interessant, liest man den Bericht, dann besitzt er unveränderte Aktualität, denn nichts hat sich gegenüber den SPD-Zielen der siebziger Jahre geändert und nichts deutet daraufhin, daß sich ein Wandel im kommenden Jahrzehnt ergeben könnte. Oberbürgermeister Metzger kann heute getrost seine Unterschrift unter einen gleichlautenden Bericht setzen.

Fortsetzung Seite 2

☛ Fortsetzung von Seite 1

## Wer will OB werden?

Denn nichts hat sich in seiner Stadtentwicklungspolitik geändert. Auf den Rechenschaftsbericht von OB Metzger warten wir bis heute vergebens – vielleicht kopiert er den seines Vorgängers.

### Fortschrittliche Wirtschaftsförderung

Findet sich in diesem Darmstadt niemand, der den Mut hat, gegen die alteingesessene Machtelite anzutreten, bleibt alles beim Alten: Gewerbeansiedlung vor Wohnungsbau, forcierter Straßenbau und mehr Verkehr für und von auswärtigen Arbeitnehmern, Umweltschutz bleibt Stiefkind (bzw. Posten für den kleineren Koalitionspartner) und Kultur Reservat für gutbürgerliche Steuerzahler. Sozialdemokratische Stadtentwicklung ist gekennzeichnet von fortschrittlicher Wirtschaftsförderung, die soviel Raum einnimmt, daß alles dahinter zurücksteht.

Doch Fortschritt wird spätestens dann Rückschritt, wenn das Wasser vergiftet ist und knapp wird, die Wälder fallen und die Luft vergiftet ist – dann nützen auch mehr Arbeitsplätze nichts und dieser Grad ist längst überschritten.

### Gunst der Stunde

Sollten wir dennoch wieder wie seit Kriegsende einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister wählen, dann bleibt uns doch bis dahin das Trostpflaster, Gunst der Stunde: Alle Kandidaten und Parteien werden bis zum Wahlgang bemüht sein, das beste Bild von sich und ihrer Politik zu präsentieren – da kann vieles durchgesetzt werden, was bislang ignoriert, gesperrt oder als unwichtig links liegen gelassen wurde. Dann haben wir wenigstens etwas von dem Wahlgang. Wie zur Zeit in Sachen PCB.

Michael Grimm

# Hase- und Igelspiele in der Waldkolonie

## Infoabend zur Bebauung Michaelisstraße: Leutselige Politiker Irritierte BewohnerInnen

Das kann nicht allein der gerade beendete Urlaub gewesen sein, der Oberbürgermeister Metzger (SPD) zu selten gewordener Lockerheit verholten hatte. Da trat er am 19. August in der Waldkolonie an, unterstützt vom neuen Wohnungsdezernenten Gerd Grünewaldt (SPD), dem Bauvereinsvorsitzenden Heinz Reinhard (SPD) sowie Architekten und Planern und erläuterte überaus leutselig den zusammengeströmten BewohnerInnen der Waldkolonie, was die Bauverein AG auf dem ehemaligen Kasernengelände an der Michaelisstraße zu bauen gedenkt: insgesamt 83 Wohneinheiten – von vierzig 2-Zimmer-Kleinwohnungen bis acht 5-Zimmer-Großwohnungen, darunter 19 Einheiten behindertengerecht ausgebaut, 12 Wohnungen auch für alte Leute geeignet, alles angeordnet auf der großen Freifläche zwischen den Kasernenreihen, unterbrochen von Spielhöfen, Mietergärten und Grünanlagen.

Auf Fragen wußte er zu antworten: ja, die Bürgerforderung nach einer Poststelle in der Waldkolonie habe der Magistrat aufgenommen. „Bürgermeister Benz hat im Magistrat den Antrag gestellt, mit der Post darüber zu verhandeln.“ Ja, den Bedarf an nahen Geschäften – gerade für die alten Leute – könne er verstehen. „Aber wir finden leider keine Unternehmen, die da reingehen. Die verlangen eine Mindestnachfrage.“ Ebenso die Kindergärten. Grünewaldt: „Dafür gibt es bestimmte Einwohnerzahlen, die mit dem Bauprojekt Michaelisstraße wohl nicht ganz für einen weiteren Kindergarten ausreichen.“ Metzger: „Aber ich werde das gleich morgen mit Bürgermeister Benz besprechen“.

Bewohner aus den Kasernenbauten waren in Sorge um die Zukunft ihrer oft seit über zwanzig Jahren bewohnten Bleibe gekommen. „Schon als Arbeiter verdienen wir heute soviel, daß wir keinen Bindungsschein für Sozialwohnungen mehr bekommen. Können wir in die neuen Wohnungen umziehen? Oder können wir nach Sanierung wieder in unsere alten Wohnungen?“ Stadtrat Grünewaldt: „Ich sage Ihnen hier zu: im Wohnungsamt kann verbindlich geprüft und festgestellt werden, ob jemand eine Berechtigung für eine Sozialwohnung erhalten kann“. Und: „Wegen der Rücksiedlung der Bewohner gibt es formale Schwierigkeiten. Aber ich habe gute Hoffnung, daß die Leute wieder in die alten Wohnungen können“.

# Erstes Ergebnis einer PCB-Blutuntersuchung

## Eltern wollten es genau wissen: Ist unser Kind vergiftet?

Tim ist in der ersten Klasse der Morgenssternschule und kommt jetzt in die 2. Er wurde unterrichtet im Klassenraum 11. Dieser ist wegen hoher PCB-Raumluft-Meßwerte vom Magistrat nach langem Hin und Her im August geschlossen worden.

Die Eltern von Tim waren beunruhigt und hätten Angst, ihr Kind könnte gesundheitliche Schäden davon tragen. Deshalb schickten Sie eine Blutprobe an Dr. Eckrich, der Spezialist für PCB-Blutmessungen ist.

### Erfolg

„Zur Beruhigung der Gesamtsituation“ begründet der Magistrat, „den Austausch von (PCB belasteten) Leuchten im Altbau Lichtenbergschule“. Auf der Stadtverordnetenversammlung vom 20.8. stimmten der Vorlage alle ParteienvertreterInnen zu. „Wie den städtischen Körperschaften bekannt und aus Presseberichten in der Vergangenheit zu entnehmen war, werden seitens der Elternschaft der Lichtenbergschule eindrucklich Maßnahmen gefordert, um eine ‚PCB-freie Schule‘ zu erhalten“. Nicht einmal Umweltdezernent Swyter (FDP) argumentierte dagegen, eitel Übereinstimmung. Erste Anzeichen eines frühen Wahlkampfes. Wären doch immer Wahlen in Aussicht...

### Impressum

Verleger und Herausgeber:  
Michael Grimm

Unser Team:  
Uta Schmitt  
Sanne Borghia  
Heiner Schäfer  
Astrid Nungeßer  
Michael Schreiber-Bimster  
Nicole Schneider  
Gerhard Kölsch

Anzeigen:  
verantwortlich Peter Horn,  
Heiner Schäfer  
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 4

Postanschrift:  
Zeitung für Darmstadt  
Postfach 10 43 23, 6100 Darmstadt

**Telefon 06151/719896**  
**Telefax 06151/719897**

Bankverbindungen:  
Volksbank Darmstadt  
BLZ 508 900 00, Konto 14 111 301

Spendenkonto:  
Postscheckamt Frankfurt  
BLZ 500 100 60, Konto 56 29 29-601

Druck:  
Caro Druck  
Kasseler Straße 1a, 6000 Frankfurt 1

Durchschnittliche Auflage:  
**10.000**

Abonnement:  
jährlich DM 60,00 incl. 7% MWST.  
Nachdruck und Vervielfältigungen sind nur mit Genehmigung des Verlages gestattet.

Für namentlich gekennzeichnete Artikel oder Presseberichte von Parteien, Verbänden und Vereinen übernehmen die jeweiligen AutorInnen die presserechtliche Verantwortung. Sie sind kein Spiegel für die Meinung der Redaktion. Personenbezogene Daten werden elektronisch gespeichert, ausschließlich intern für die Verwaltung eingesetzt und nach Ende des Zeitungsbezugs umgehend gelöscht.

Informanten bleiben gemäß gesetzlicher Grundlage auf Wunsch anonym.

*Text und Bild sind mit „QuarkXPress“ auf Apple Macintosh gesetzt und unter Omnis 5-Verlagverwaltung organisiert.*

**Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: 4.9.92**

Erst nach Ende der „Informationsveranstaltung“ in der schwül-heißen Halle der Käthe-Kollwitz-Schule bricht bei den Teilnehmern Irritation durch: Wurde hier etwa eine ganz andere Planung vorgestellt als in einer SPD/Bauvereins-Veranstaltung ein halbes Jahr zuvor? Wo bleibt in dieser neuen Planung die Lern- und Spielstube – Sozialeinrichtung im Neubaugebiet – deren Neubau angekündigt war? Am jetzigen Platz? Kein Abriß? Soll nun tatsächlich die Kasernenreihe am Wald stehenbleiben, deren Abriß bislang geplant war? (Heinz Reinhard: „Zielsetzung des Bauvereins ist, daß beide Teile erhalten bleiben sollen.“) Wie groß ist eigentlich ein Mietergarten mit zwanzig Quadratmetern (so die Größenangaben des Landschaftsplaners) ? Können die vielen Kinder mit „Hüttendorf“, Spielplatz und Bewuchs auf 120 Quadratmetern auskommen? Die Fragen sprudeln erst jetzt.

Erkennbar wurde: einiges scheint an der Planung zum Besseren geändert worden zu sein. Die vielen Aktivitäten, die Forderungen und Anregungen des Sanierungsbeirates Michaelisstraße, der Bürgerinitiative und der BürgerInnen der Waldkolonie haben Wirkung gezeigt. Aber das ließen sich Metzger und seine Mannen nicht anmerken. Wo die bislang scheinbar ungehört verhaltenen Bewohnerforderungen erneut erhoben wurden, hatte er Antworten und stillschweigend geänderte Pläne parat. Neue Fragen auf neue Pläne mußten erst entstehen. Da kann er gut leutselig sein. Doch viele engagierte Bewohner fühlten sich ähnlich dem Hasen, den der Igel wieder einmal düpiert hat. (sm)

### Drogenopfer

Das achte Drogenopfer in diesem Jahr haben Darmstadts Polizeibeamte am 6.8. in der Taunusstraße gefunden und das neunte am 15.8. im Braunshardt Weg, beide sollen laut Polizei an einer Überdosis Rauschgift gestorben sein.

Drogenabhängige in sieben hessischen Gefängnissen können sich ab sofort einer Entwöhnung durch Methadon unterziehen. Hessens Familienministerin, Iris Blaul (Grüne) und Justizministerin Christine Hohmann-Dennhardt (SPD) gaben dies am 18.8. bekannt; Ziel ist es, bessere Erfolge bei der Resozialisierung zu erreichen. (mg)

☛ Fortsetzung von Seite 1

# PCB: Große Ratlosigkeit

Laut Därr „gibt, es keinen Zusammenhang zwischen Raumluftbelastung und Sekundär-Kontamination“ – es ist der Grund dafür, daß nach seiner Ansicht ein Abriß unsinnig wäre.

### Vereisen und ausbrechen

„Wie saniert werden soll, weiß heute keiner“, leitet Därr ein „nach heutigem Stand der getesteten Rückbauverfahren ist ein hundertprozentiges Sanierungsziel nicht zu erreichen“. Er beschreibt seine Methode des schrittweisen Vorgehens: „Wir vereisen das Fugendichtmittel mit Flüssigstickstoff, es wird spröde und dann brechen wir die Fuge heraus und mit ihr die ebenfalls versprödeten Betonoberflächen. Gewissermaßen arbeiten wir steinmetzartig. Nach dem Entfernen der Primärquelle kommen wir auf Werte von 220, 240, 260 Nanogramm (ng) pro Kubikmeter (cbm) Raumluft“. Ein Jahr später sollen die Werte noch weiter gesunken sein, auf 50 ng/cbm, gemessen an dem ersten Sanierungsprojekt von Därr in Rodenkirchen.

### So viel wie nötig, so wenig wie möglich

Von einem Überstreichen der Fugendichtungen hält er nichts: „Die Reaktion der Weichmacher in den Farben mit den Fugendichtmitteln führt zu erhöhter Belastung“. Gleiches gilt nach Därr für mechanisches Entfernen: „Die Oberfläche der aufgeschnittenen Dichtmittel wird größer und mit ihr die Abgase der PCB-Gase an die Luft. Unser Ziel muß sein, möglichst niedrige Werte unter 300 ng/cbm zu erreichen.“ Aber es treten laufend neue Probleme auf: Ein sanierter Raum wies trotz gleicher Temperaturen nach der Sanierung (im Juni 92) „ebenso hohe PCB-Werte auf, wie vorher. Was hat dazu geführt?“ Därr erklärt es heute so: „PCB reichert sich an Aerosolen an, Wasserdampf transportiert offensichtlich PCB“. Und er klagt, „es gibt eben heute keine verbindliche Richtlinie, wie gemessen wird; keine verbindliche Meßmethode.“ Daraus zieht Därr den Schluß, daß bei der Sanierung nicht nur auf Staubfreiheit – durch gründliches Reinigen geachtet, sondern auch die Luftfeuchtigkeit gesenkt werden muß. „Nur ein Verfahren ist sicher: Das Vereisen und das nachträgliche Erhitzen bis auf 60 Grad.“

„Da derzeit noch keine Kommune Mut oder Geld für so eine umfassende Sanierung aufbringen konnte, gehen wir schritt-

weise vor, nach dem Motto, soviel wie nötig, so wenig wie möglich rückbauen. Aber die Primärquellen müssen beseitigt werden.“

### „Erst muß das Gutachten da sein“

Därns Schilderung, verständlich und klar vorgetragen, führte prompt zu den Fragen von Bürgermeister Benz: „In welcher Zeit kann denn so eine Sanierung abgeschlossen werden?“ Eine Sanierung großen Stils ist nicht möglich, weil es „nur zwei Vereisungsdüsen gibt“. Schupp will wissen, „warum? Die ganze Baubranche hätte doch lukrative Aufträge zu erwarten. Das gibt es doch nicht!“ Aber Därr brems: „Das ganze Feld Sanierung ist noch sehr im Schwimmen“ und vertröstet auf sein Gutachten für Darmstadt, das „in vierzehn Tagen auf dem Tisch liegt“. Die Kosten für den Rückbau sollen sich auf 30.000 DM pro Klassenzimmer belaufen ohne Fenster, Fußböden etc. An der Lichtenbergschule immerhin dreißig Räume.

„Was sagt der Bürgermeister heute?“ will Lehrer Düppe wissen, „es wird gemacht, gleich was es kostet?!“ Benz gibt die passende Politiker-Antwort: „Ich will verlässliche Unterlagen haben von den Fachleuten, dann können wir entscheiden; erst muß das Gutachten da sein“. Wenn wir wissen, wie saniert wird, erstellen wir einen Kosten-, dann einen Zeitplan und dann den Finanzplan. Es handelt sich hier um dringliche Dinge, entweder wir bekommen Mittel vom Land, oder wenn nicht, aus städtischen. Aber das sage ich Ihnen, das ist ein riesiger Brocken. Eine solche Sanierung gab es hier noch nicht und ich sage mit Bitterkeit, daß wir die Fehler der Hersteller der siebziger Jahre auszubaden haben.“ Sollte Darmstadt bundesweit Vorreiter in Sachen PCB-Sanierung werden?

Rechtsanwalt Michael Lodzik, Vorsitzender des Stadtelternbeirats will die Gunst der Stunde nutzen: „Im Sinne der Transparenz möchten wir, daß Elternvertreter in den PCB-Arbeitskreis der Stadt aufgenommen werden.“ Benz erklärt: „Ich habe nichts dagegen – das will ich Swyter vorschlagen, der ist der Vorsitzende.“ Benz hat sein Versprechen prompt eingelöst, tags drauf schrieb er an Umweltdezernent Swyter - eine Antwort steht noch aus.

### „Wo sollen die Kinder hin?“

Ein Antrag von Elternvertreter Thiele, Lehrer an der Eleonorenschule, an der angeblich noch nicht gemessen worden ist, sorgt noch einmal für Aufruhr: „Ich keine Belastungen meiner Kinder mehr in Kauf. In diesen Neubau (der Lichtenbergschule) dürfen unsere Kinder nicht mehr rein, sie waren schon viel zu lange darin“. Eine Mutter fragt enteigert: „Wo sollen denn die Kinder dann hin, wenn die Schulen geschlossen werden?“ Und Benz bezeichnet den Antrag als einen „Hasardeur-Beschluß“, sollte die Schule geschlossen werden. Obwohl der Antrag gemildert wird, finden sich nur noch vier Stimmen dafür.

Professor Därr warnt davor, sich zu sehr an Meßwerte „zu klammern, bedenken Sie die Meß-Toleranzen. Außerdem gibt es genügend Zwischenlösungen, um die Werte zu senken, wenn die Belastung momentan zu hoch ist.“ M. Grimm

PCB Nr	Patientenwerte	Referenzwert
28	< 10 ng/l	< 10 ng/l
52	< 10 ng/l	< 10 ng/l
101	70 ng/l	- 100 ng/l
153	400 ng/l	- 750 ng/l
138	370 ng/l	- 600 ng/l
180	120 ng/l	- 350 ng/l
77	< 10 ng/l	< 10 ng/l
126	< 10 ng/l	< 10 ng/l
169	< 10 ng/l	< 10 ng/l

Alle untersuchten Isomere der polychlorierten Biphenyle liegen im Bereich der nahrungsbedingten Hintergrundbelastung der Normalbevölkerung. Eine das normale Maß übersteigende Belastung ist somit nicht ersichtlich. Labor Dr. Eckrich



Nur noch ein Trümmerhaufen blieb von Leidigs Wohnung in der Heimstätteniedlung, aber die Bäume stehen (Foto Heiner Schäfer)

# „Was? Meine Beem stehe noch?“

## Ein Leben zwischen Politik und Idylle – bis zur Gasexplosion

Sie stammt aus dem Odenwald und kam nach dem Zweiten Weltkrieg, 1953 nach Darmstadt. Eine vitale, lebenslustige aber auch kämpferische Frau. Elli Leidig (57) und ihr Mann Georg (61) verbrachten ihr Leben in der Heimstätteniedlung. Ein kleines Reihnhaus konnten sie sich gerade (zum Mietpreis von 23,50 Mark im Jahr 1951) leisten, aber auch damals nur „mit Untermietern unter dem Dach“ des winzigen Häuschens – aber und das war beiden wichtig – sie hatten ihren Garten in der Stadt.

**Tannen, Eiben, Obstbäume: das immer peinlich gepflegte Gärtchen fiel sofort auf. Eine Idylle, die durch Liebe „zu den Bäumen und Pflanzen und Vögeln gewachsen ist“, erzählt Elli Leidig, dem auch heute noch unverkennbaren Kind vom Land**

Sie erlebte Darmstadts Wiederaufbau, denn Georg Leidig fuhr den Bagger, der zum Beispiel auf dem Marienplatz „die schönen Sandstein-Portale zertrümmern“ mußte. „Es war ein Jammer“, aber ein Stück davon haben sie in ihren Garten gerettet. Elli Leidig, die das noch im April 1992 erzählte, lebte ihre Vergangenheit genauso bewußt wie ihre Gegenwart. Nichts entging ihrem scharfen Blick: Kaum stand im „Echo“ ein Leserbrief oder ein Artikel, griff sie zum Telefon, und von Darmstadts Oberbürgermeister über den SPD-Vorsitzenden bis hin zu Bonner Politikern stand ihr jeder irgendwann einmal Rede und Antwort. Sie verstand es, die Politiker zu erreichen und erregte sich ungeheuerlich „über die Liebedienerei. Die liebe doch, wenn die nur den Mund uff-mache“. Würde irgendwo ein Baum gefällt – Elli Leidig protestierte auf ihre Art: sämtliche Behörden und Politikern ist sie dadurch bekannt. Auch auf die Grünen hatte sie gesetzt und war sogar besucht worden – aber „die schwätze doch nur, da kommt doch auch nix bei raus“, war ihr Kommentar 1990, als ihr mehrere Bäume, „gegen alle Vernunft ...“, meinte sie, gefällt worden waren, „bloß weil der Nachbar e Garage habe will“. Ebenso schnell wie sie in Tränen ausbrach, lachte sie auch wieder oder schimpfte, „die von der Politik komme doch nur zu em wie uns, wenn die was wolle!“

**„Was gud is, muß erhalte bleibe“**

„Die Kirsche sin reif, wollt ihr nicht e paar pflegge, ihr Stadtkinner?“ Wärme, Herzlichkeit, mütterliche Fürsorge und ungebremste Wißbegier, kein Klatsch – Nein! Damit hatten Leidigs nichts zu tun. Die Fenster ihres kleinen Häuschens waren zugewachsen von prachtvoll gepflegten Zimmerpflanzen, und der Nippes auf den Regalen, die Sitzkissen und Häkeldeckchen „haben all ihre eichene Geschichte“. Stolz erzählt Elli, woher was stammt, ein Geflecht von Wechselbeziehungen zwischen Menschen und Dingen, die Leben bekommen, Gestalt annehmen, zur persönlichen Geschichte werden. Alles hat seinen Rang, seinen Platz, seine Bedeutung und wird umwoben von Erzählungen, „das Buch, das is wie Darmstadt

mal war, ... so schön“, und dann kommt sie vom Schwärmen gleich wieder ins Heute: „Die frache uns doch net, was mir wolle, die entscheide doch einfach nur über unsere Köpp weg“. Sie spricht ein Deutsch aus orrwälischer und hochdeutsch, aber immer engagiert, wach und doch mit unbeschreiblicher Zärtlichkeit und Sehnsucht: „das was gud is, muß doch erhalte bleibe“.

### Volksseele?

Genau beobachtet sie, wer sie wie besucht: „Der Grüne – den Name will ich net sage – der is doch mit so em dicke BMW gekomme – und dann sacht er, der Verkehr sei an allem schuld, aber die Annern, die mache's genauso, der Eike fährt auch so einen und der Metzger läßt sich hier überhaupt nemmer blicke – haste das von dem Ludwig gelese, das ist doch widder glatte Lije?“ Sie springt von einem Thema zum anderen – gesunde Volksseele? – „die vun der CDU, die wolle das mit der Ernst-Ludwig-Kaserne doch nur nutze, um widder mehr Stimme zu krije, aber in der Heimstätte hier hadde die kei Chance“.

Dann erzählt sie wieder von ihrer „Tann“ und dem Vogelbad und, daß die „Rent e Schand is, mir lebe zwar, aber für fünfzig Jahr Arbeit – mir könne uns nix leiste“.

### Wie nach einem Bombenangriff

Am 17.8. um 14.27 Uhr erschüttert eine ungeheure Detonation halb Darmstadt. In der Heimstätteniedlung fliegen Ziegel, Backsteine, ganze Wände durch die Luft. Eine Gasexplosion vernichtet das Haus Heimstättenweg 74 so, daß nicht einmal ein Trümmerhaufen bleibt, laut Behörden war der Defekt in diesem Haus. Leidigs Heim direkt daneben fällt in sich zusammen und begräbt Elli und ihren 26 Jahre alten Sohn unter sich, Georg wird quer über die Straße an die Wand eines gegenüberliegenden Hauses geschleudert und unter Steinhagel begraben. Wie nach einem Bombenangriff sieht es in der Straße aus: die Druckwelle hat Fensterscheiben von Wohnhäusern und Geschäften zu Scherbenhaufen werden lassen. Kaum ein Haus auch in der weiteren Nachbarschaft, bis zu 300 Metern, bei dem nicht der Regen von Ziegeln und Steinen eingeschlagen hat. Wie durch ein Wunder sind außer Leidigs nur zwei weitere Menschen leicht verletzt. Alle drei sind aus den Trümmern geborgen und auf die Intensivstation des Elisabethenstifts gebracht worden – mit „lebensgefährlichen Verletzungen“, wie es das Amtsdeutsch nennt: daß da überhaupt noch jemand lebend geborgen werden konnte, erscheint ungläublich. Tags darauf sucht eine Expertenkommission nach der Unglücksursache. Das Versorgungsunternehmen weist seine Sorgfalt nach (die Leitungen seien erst vor fünf Jahren verlegt worden), die Ermittlungen konzentrieren sich auf den Hauseigentümer der 74, ihm obliegt die Kontrolle: Eigentum verpflichtet (nicht das Gesetz), zu jährlicher Überprüfung.

### Widersprüchlich

„Eineinhalb Stunden noch nach der Explosion bestand weiter Gefahr wegen ausströmenden Gases“, teilt Polizeipressesprecher Rühl an der Unglücksstelle mit. Das wird zwei Tage später als Falschmeldung

zurückgezogen. Gerüchtehalber dringt aber durch, die Südhessische habe die richtigen Pläne erst nicht gefunden, da nach dem Neuverlegen der Leitungen die ursprüngliche Versorgung beider Häuser über eine Leitung in zwei verändert worden sei. Außerdem habe an einer Stelle ein Abschlußchieber gefehlt, weshalb eine großräumige Absperrung der Unfallstelle erforderlich geworden sei. Pressesprecher Dietrich Weise dementiert, eine Gefahr habe nicht bestanden und „sämtliche Pläne lagen sofort bereit“. Das Wichtigste war, erst einmal die Personen zu bergen. Mit Abschiebereglern arbeiten wir nicht, sondern die Leitungen werden direkt abgeklemmt. Im übrigen wird da sehr viel erzählt...“.

### „...daß mir mein Kopp klar bleibt“

Autos stehen wie von einer Riesenfaust an Häuserwände gequetscht, verbeult mit kaputten Scheiben – Zeugen der Vergänglichkeit. Elli Leidigs Bäume haben überlebt, etwas zerzaust und trauernd, aber sie stehen. Ob sie den Neubau überleben werden? Dafür wird Elli Leidig sorgen, denn einen Tag schon nach der furchtbaren Explosion ist sie außer Lebensgefahr und fünf Tage später sitzt sie aufrecht im Bett entstellt durch fürchterliche, blau-grüne Blessuren, und läßt sich erstmals die Zeitungen vorlesen. Sie ist wieder ganz die Alte, „das wichtigste ist, daß mir mein Kopp klar bleibt“. Eine Verwechslung ihrer beiden Söhne, die zur Falschmeldung in der Presse führte, kann sie gleich richtig stellen: Ihrem Sohn Markus, der angeblich schon das Krankenhaus verlassen haben sollte, haben die Ärzte die zertrümmerte Milz entfernen müssen. Auch um Georg steht es nach wie vor schlecht, mit Rippenbrüchen „hängt er an vielen Schläuchen auf der Intensivstation“. Ihr Sohn Hans und ihre Tochter waren nicht im Unglückshaushaus.

Und mit noch einer Falschmeldung räumt Elli gleich auf: „Zu meinem Sohn Hans kann ich doch gar net ziehe, der Anbau ist doch nur e ganz kla Räumche“.

### „Dem Bu kann man net bees sein“

Die Ermittlungsgruppe der Behörden war schnell: Vier Tage nach dem Unglück meldet die Staatsanwaltschaft, daß „an der hausinternen Gasleitung des Hauses 74 manipuliert wurde... der hierfür Verantwortliche hat dies gestanden“. Dahinter verbirgt sich das persönliche Schicksal eines 15 oder 16 Jahre alten Jungen, der bei Großvater und Großmutter lebte, weil sich seine Eltern getrennt hatten. Vor einem Jahr war die Großmutter gestorben, und Opa und Enkel konnten nicht miteinander. Ein hartes Erziehungsregime des Opas und jugendlicher Freiheitsdrang hatten die beiden vollständig entfremdet, von ständigen Streitereien erzählen Nachbarn. Der ehemalige Prediger der Zeugen Jehovas verbat dem Jungen „alles, was Spaß macht“: Sonn- und Feiertage und Freizeithunden gehörten dem religiösen Pflichtdienst, und beispielsweise Ostern oder Weihnachten gab es nicht, ebensowenig wie Spielkameraden. Vor der Explosion war der Junge 14 Tage nicht da, und als er wieder nach Hause kam, „grüßte. der Opa nicht einmal, sondern schnitt klapp klapp,

## In eigener Sache

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir können endlich unser Versprechen von 1990 einlösen und die ZD ab dieser Ausgabe wieder vierzehntägig erscheinen lassen. Wie damals versprochen, bleibt der Preis für unsere AbonnentInnen unverändert, nicht jedoch der Kiosk-Verkaufspreis, ihn werden wir von bislang 2,20 DM erhöhen auf 2,70 DM.

Erfreulich ist auch, daß die Zahl unserer LeserInnen ständig wächst, sodaß wir auch in diesem Jahr wieder darauf hoffen können, 40 Prozent mehr AbonnentInnen verzeichnen zu können. Solange wir mehr LeserInnen dazu gewinnen, werden wir die Zeitung auch weiter erscheinen lassen. Derzeit lesen 7000 bis 9000 DarmstädterInnen die ZD, eine unglaublich hohe Zahl, mit der wir selbst nicht gerechnet hatten.

Zweieinhalb Jahre sind seit Gründung der ZD vergangen, und dennoch hat die Stadt ihr Demokratieverständnis nicht mit dem Gesetz in Einklang gebracht. Noch immer werden Termine vorenthalten, Unterlagen nicht zugestellt, Fragen nur zum Teil oder gar nicht beantwortet – vor allem aber wird die ZD nicht so behandelt wie konkurrierende Zeitungen. Öffentliche Bekanntmachungen gehen trotz Aufforderungen nicht vollständig zu – von einer bezahlten Veröffentlichung ganz zu schweigen. Das gilt nicht nur für die Anzeigentätigkeit der Stadt, sondern auch aller Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist oder die von ihr finanziell gefördert werden, wie die Südhessische Gas u. Wasser AG, die HEAG, den Bauverein, die Stadt u. Kreissparkasse, das Staatstheater, die Verbraucherberatung und viele andere. Was die öffentlichen Bekanntmachungen anbelangt, stützt sich die Stadt auf einen gesetzeswidrigen Erlaß des Hessischen Innenministers, der besagt, daß nur Zeitungen, die wöchentlich erscheinen und örtlich verbreitet sind, für bezahlte Bekanntmachungen in Betracht kommen. Dagegen werden wir im Herbst Verfassungsklage einreichen, es sei denn, der Innenminister zieht den Erlaß selbst zurück. Sollte die Stadt Darmstadt auch weiterhin einseitige Bevorzugung von Presseorganen betreiben, warten wir die Kommunalwahlen im nächsten Jahr ab und werden dann der neuen Stadt-Regierung gegenüber unser Recht geltend machen.

Die ZD arbeitet seit April kostendeckend, vollführt aber finanziell derzeit einen Gratgang, denn noch immer sind die Banken nicht zu einer Finanzierung bereit. Wir bitten deshalb noch einmal alle AbonnentInnen einen Beitritt in die „Darmstädter Initiative zur Förderung der Presse“ zu erwägen und LeserInnen zu werben. Übersteht die ZD das kommende Jahr, dann haben wir sie auf lange Zeit etabliert; nur: bis dahin kann unser Projekt noch einmal in Schwierigkeiten kommen. Es wäre schade, wenn eine zweite Zeitung, nachdem sie schon einmal soweit gediehen ist, wieder eingestellt werden müßte. Für ein Mehr an Demokratie und Meinungsvielfalt in Darmstadt

Die Redaktion

ohne uffzuhöre, sei Ligusterheck“.

Ob der Junge mit dem Öffnen der Gasleitung einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen wollte?

Elli Leidig meint, „dem Bu kann man doch net bees sein, so ein armer Kerl“. Arme Kerle sind aber auch die Leidigs; kommen sie gesundheitlich einigermaßen über die Katastrophe hinweg, stehen sie vor dem persönlichen Ruin. Hauseigentümer sind sie nicht („sowas kenne mir uns net leiste“), und eine Versicherung, die für ihr persönliche Habe eintritt, hatten sie nicht. „Ich dachte“, meint Elli, „das gehört mir zur Brandversicherung, aber mir werde widder mal die Dumme sein“.

### Obdachlos

Ihr Nachbar, der selbst Eigentümer des Grundstücks Haus Nummer 74 ist, hat schon angekündigt, daß er sein Häuschen wieder aufbauen lassen will. Der Eigentümer von Leidigs ehemaligem Heim meint, „da kann man doch nach 6 Tagen noch nichts zu sagen. Stellen Sie sich vor, schon am Tag nach dem Unglück haben Leute angerufen und wollten das Grundstück kaufen. Und wissen Sie, was mich empört, ist, daß bei so einer Rettungsaktion kein Container aufgestellt wird, in dem die persönliche Habe der Leute eingesammelt wird, die haben doch alles verloren“. Ob er denn ein neues Haus bauen lassen will, wenn die Brandschutzversicherung gezahlt hat? „Das kann ich heute noch nicht sagen, erst mal müssen da Tatsachen auf dem Tisch liegen, und selbst wenn das Haus wieder aufgebaut würde, die Leidigs hatten doch nur eine Miete von 269 Mark...“.

Elli wird wieder weinen, „das werd doch nie widder wie's war“. Trost für sie, und da lächelt sie auch schon wieder ungläubig, „Was? meine Beem, die stehe noch?“ Stolz zeigt sie auf einen Blumenstrauß neben dem Krankenbett, „der ist von der Südhessische und die beiden annern vun meine Freundinnen“.

### Stadt organisiert Hilfe

Vorschnell verbreitete das „Echo“, die Heimstätten-Bewohner hätten wegen des Unglücks ihr Stadtteilfest für dieses Jahr abgesagt – wenige Tage später ein Dementi: Nur der Festumzug soll nicht stattfinden, gefeiert wird.

Die Stadtverwaltung ist bemüht, zu helfen: sie bringt Obdachlose in Hotels unter und richtet ein Spendenkonto für Hilfsbereite ein ( Sparkasse Darmstadt Bankleitzahl 508 501 50, Konto 544 000 Stichwort Gasunglück). Volker Rinnert, Pressesprecher, organisiert auch Sachspenden für die

Anzeige

## Die Depesche ist eine Kriegserklärung...

Pressefreiheit und Pressevielfalt ist (Über)Leben.

Keine hundert Jahre ist es her, daß unsere Vorfahren für die Preß-Freiheit ihr Leben gelassen haben.

Keine fünfzig Jahre sind vergangen, daß wir sie nach vollkommenem Verlust wieder erhalten haben – und wieder sind wir dabei, sie zu verlieren, weil sie verkauft wird: an Krämerseelen, die um des Geldes willen die Nachrichten und ihre Meinung dem Meistbietenden anpassen.

Für eine unabhängige, unzensurierte, freie und an Wahrheiten orientierte Presse haben wir die

## Darmstädter Initiative für die Vielfalt der Presse

gegründet:

- für eine Kontrolle über Parlamente
- für ein öffentliches Forum der Leserinnen
- für ein Mehr an Demokratie.

Verschlafen Sie nicht wie viele MitbürgerInnen die schleichende Inflation der Meinungs- und Pressefreiheit!

Beteiligen Sie sich an unserer Initiative!

# „Fortbildung zum Thema Korruption“

Aus der Stadtverordnetensitzung vom 20.8.92

„Was mich bei diesen Aktivitäten stört, ist, daß die Landesregierung mit erhobenem Zeigefinger auf die Kommunen deutet, obwohl dort auch ständig Korruptionsfälle bekannt werden“, antwortet Oberbürgermeister Günther Metzger unter lautm Gemächter der Stadtverordneten auf die unbeholfen formulierte Frage des Stadtverordneten Peter J. Netuschil (FDP), die man sich auf der Zunge zergehen lassen muß. Mit merkwürdigen Wort-Verrenkungen war schon die schriftliche Fassung bestückt, und beim mündlichen Vortrag erwies sich die Sprache gar als unüberwindliches Hemmnis, um das politisch heiße Eisen FDP-liberal zu fassen. Das hört sich dann so an: „Beabsichtigt der Magistrat, wie der ... eh ... wie vom der hessische Innenminister zur Korruption ... eh ... wie der Innenminister, der Herr Günther, in dem vorgelegten Katalog von Maßnahmen empfohlen ... eh ..., daß für Leistungspersonen und Mitarbeiter, welche in gewissermaßen korruptionsanfälligen Vorgängen ... bearbeiten ... eh ... , daß Fortbildung zum Thema Korruption durchgeführt wird?“ Auf deutsch er wollte wissen, ob der Magistrat die städtischen Angestellten gegen Korruption schulen lassen wird? (*oder in?*)

Sein OB wußte: „Seit 1945 waren wir peinlich darauf bedacht, solche Fälle zu vermeiden... Diese Maßnahmekataloge sind nichts Neues. Wir wollen in Darmstadt entsprechende Maßnahmen durchführen. Eine mobile Arbeitsgruppe soll geschaffen werden, die aktuell überprüft. Damit wird Menschenmögliches getan, aber es gibt keine hundertprozentige Sicherheit“. *Letzteres ist hinlänglich*

eine der attraktiven Lage zwischen Orangerie und Ortsmitte angemessene Nutzung nicht zu“. Für attraktiv hält der OB 20 Wohneinheiten, die „fußläufig erschlossen“ werden, inklusive Tiefgarage – immerhin bleibt die Bessunger Knabenschule erhalten, wegen „ortsgeschichtlichem Erinnerungswert“, und ein schmales Fachwerkhaus als „Baudenkmal“. Einen Faux Pas leistete sich Ruth Wagner (FDP), die gegen Pausenlärm der Schule lautstark und wortgewaltig protestierte – nur werden dort keine Kinder mehr unterrichtet.

## Als Ordnungswidrigkeit ...

...wird die Stadt künftig das illegale Entsorgen von Papier und Kartonagen bei Gewerbebetrieben ahnden, wenn sie die Abfälle in öffentliche Container laden. In derselben Vorlage beschloß das Parlament eine Gebührenerhöhung um 20 Prozent für gewerblich genutzte „Selbstpreßbehälter“, da die Gebühren der Müllverbrennung von 346DM/t auf 466 gestiegen seien. Demnach wird das Altpapier verbrannt, statt recycelt? Trennen wir nur alle fein brav weiter den Müll. („Satzung zur 8. Änderung der Satzung über die Beseitigung von Abfällen“).

## Keine Flüchtlinge in der Ernst-Ludwig-Kaserne

Vergeblich wollten die Grünen durchsetzen, daß auch für AsylbewerberInnen Unterkünfte in der Ernst-Ludwig-Kaserne in der Heimstättensiedlung vorgesehen

## Durch Darmstadt geht es schneller – Parlament für Nordostumgehung

Nach der „Eröffnung der Nordostumgehung“ (eigentlich Zubringer für Darmstadts Parkhäuser, red.) ist die gesamte östliche Innenstadt (?) für den LKW-Schwerverkehr zu sperren“, begründen die Dezernten Metzger, Swyter und Rösch die Notwendigkeit für den Straßenneubau. Sie wollen, daß die Hessische Straßenbauverwaltung „die Bürgerparktrasse weiter plant“. Die Vorlage bezeichnet die Verwaltung als „umwelt- und stadtverträgliche Verkehrsstrategie“. Nach „der Eröffnung der Straße (im Jahr zweitausend xx?) ist das Ziel ... den Individualverkehr zu begrenzen... zu verwirklichen“. Der Magistrat geht von einer Zunahme des Verkehrs von 10% aus, allerdings bestätigt OB Günther Metzger, daß sich der LKW-Durchgangsverkehr allein in den vergangenen fünf Jahren verdoppelt habe. Die Grünen hatten selbst LKW gezählt, Kennzeichen notiert und bei den Spediteuren angerufen: Tatsächlich gibt es zahlreiche Firmen, die ihren Fernverkehr durch Darmstadt leiten. Eine Chemnitzer Firma erklärte, daß sie ihre Fahrer von Chemnitz durch Darmstadt in das Saarland fahren lassen. Auch OB Metzger bestätigt diese Erkenntnis, daß „es um Abkürzung der Wegstrecke und um das Umfahren des Frankfurter Kreuzes geht, man erreicht schneller sein Ziel“.

Günther Mayer (Grüne) fordert, „jetzt muß etwas geschehen, um den LKW-Verkehr zu reduzieren. Sie können die Leute nicht auf in 20 Jahren vertrösten“. Durch ein Nachfahrverbot und Verlagerung von Mülltransporten auf die Schiene und Huckepack-Verkehr auf die Bahn sowie keine baurechtlichen Genehmigungen mehr für Expeditionen ohne Gleisanschluß. „Wir kämpfen seit fünf Jahren um ein LKW-Nachfahrverbot, und es ist uns nicht gelungen, dies durchzusetzen“, entgegnet OB Metzger – das steht im Gegensatz zu Hessens Verkehrsminister Welteke, der öffentlich erklärte, dies sei Sache der Kommunen also Metzgers Entscheidung.

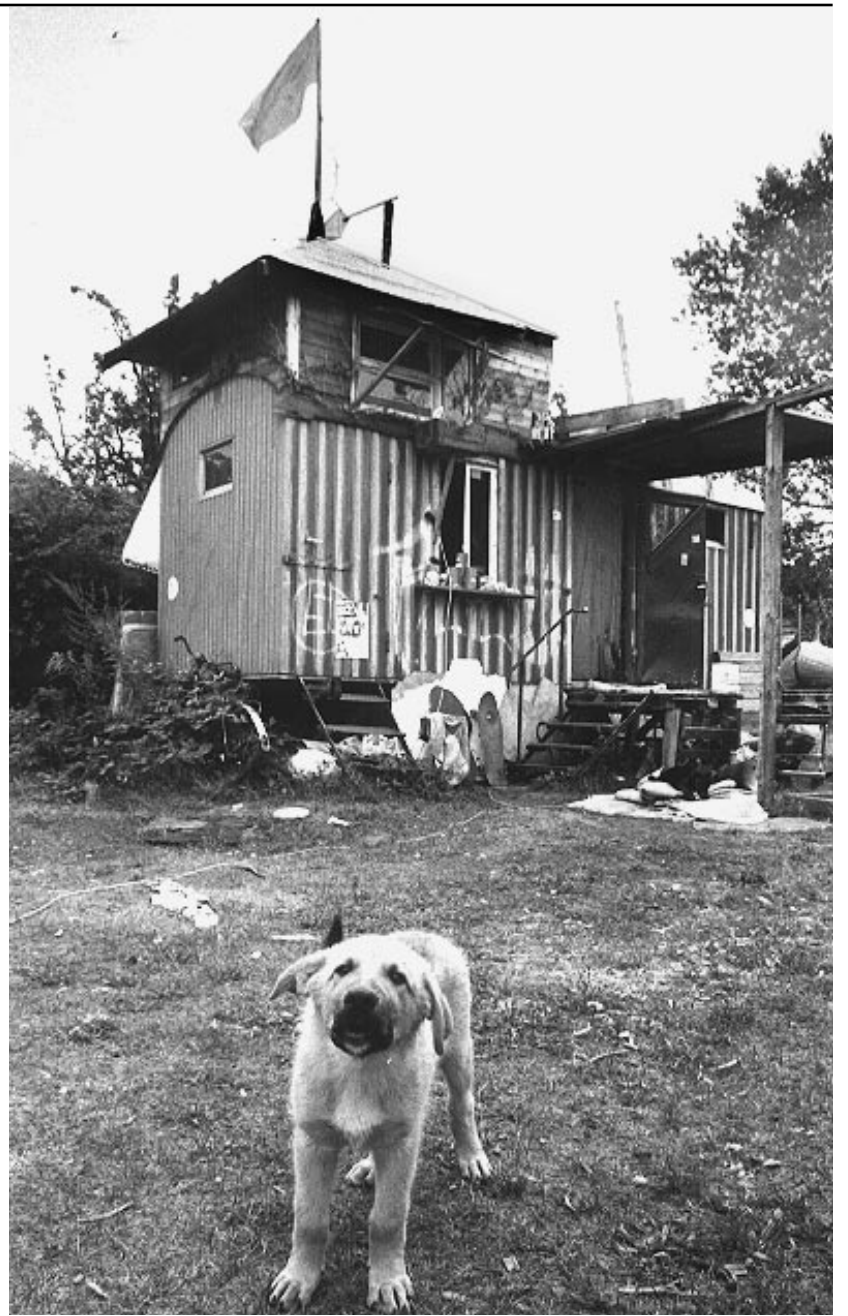
## Arheilgen wird entlastet Bau der B 3 beschlossen

An die 7000 Merck-Angestellte fahren täglich mit ihrem Auto teils von Süden her durch Darmstadt teils vom Norden her durch Arheilgen. Da sich der Konzern bis heute nicht dazu entschließen konnte, das dadurch entstehende Verkehrsproblem zu lösen, ist es an der Stadt, den Verkehr so zu leiten, daß die AnliegerInnen von Lärm und Gestank entlastet werden. In Arheilgen wird das Problem jetzt in Angriff genommen. Ein Stück Landschaft wird wieder dem Verkehr geopfert, durch die B3-Umgehung.

Die Planung der Straße sorgt wegen der Zufahrten noch für Dissens zwischen den Parteien und Anlieger der künftigen Umgehung führen Klage. (siehe auch „Briefe an die Redaktion“) Dennoch, erst einmal hat das Parlament dem Bau ohne Zubringerstraßen zugestimmt und OB Metzger soll darüber auch mit Wiesbaden Einigkeit erzielt haben. Dem Antrag der SPD wurde eine Ergänzung der Grünen angefügt, daß die Frankfurter Straße unmittelbar nach dem Bau der Umgehung wieder zu einer innerörtlichen Straße zurückentwickelt wird. (mg)

## Verkehrsoffer auf Autobahn

43 Verkehrsteilnehmer haben im ersten Halbjahr 1992 auf dem etwa 640 Kilometer langen Autobahnnetz in Darmstädter Regierungsbezirk ihr Leben lassen müssen. Dies ergab die Auswertung einer im Regierungspräsidium geführten Statistik. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1991, mit 39 Verkehrstoten, hat sich die Zahl leicht erhöht. Von Januar bis Juni dieses Jahres sind die Unfälle im Vorjahresvergleich um etwa fünf Prozent zurückgegangen. *Pressestelle des RP Darmstadt*



## Stadt verfügt Räumung des Bauwagenlagers Grünewaldt bietet gleichzeitig Gelände an

Der für die städtischen Liegenschaften verantwortliche Stadtrat Gerd Grünewaldt (SPD) hat den Bewohnern des Bauwagenlagers an der Helfmannstraße eine zweiwöchige Frist gesetzt, um die seit November 1991 ohne Zustimmung der Stadt bewohnten Grundstücke zu räumen. Geht es nach dem Dezernenten müssen bis Ende August sämtliche „Auf- und Einbauten sowie alle Fahrzeuge und Bau- und Wohnwagen, Unrat und sonstige Materialien restlos entfernt werden“. Bei Zustellung der schriftlichen Verfügung mochte sich der Dezernent nicht auf den Postweg verlassen, obwohl die Briefträger die Adresse der Selbsthilfe-Initiative kennen. Der Politiker nahm die Angelegenheit selbst in die Hand und übergab am 17. August sieben Bewohnern des Bauwagenlagers die Briefe persönlich und mit freundlichen Grüßen, deren Personalien bei einer Überprüfung vor einigen Wochen festgestellt worden waren. Die weiteren etwa zehn ständigen Mitbewohner sind der Stadtverwaltung namentlich nicht bekannt. Sie haben sich einer Ausweiskontrolle entzogen, weil sie fürchteten, dann nicht mehr in ihrem Wagendorf wohnen zu können.

Es scheint fraglich, ob der Stadtrat seine förmliche Aufkündigung des nicht existierenden Mietverhältnisses mit den Bauwagen-Bewohnern innerhalb der knappen Frist durchsetzen kann. Zum einen darf angenommen werden, daß der Rechtsbeistand der jungen Leute in Verhandlungen mit der Stadt einen Aufschub erreichen will. Und schließlich läßt Grünewaldts Schreiben zeitlichen Spielraum, um den Konflikt einvernehmlich beizulegen. Für den Fall, daß die Gruppe keinen privaten Standplatz mieten kann, wiederholt der Dezernent seinen Vorschlag, die Bauwagenkolonie wieder auf das gleichfalls städtische Gelände neben dem Anwesen Gräfenhäuser Straße 155 zu verlagern. Dort waren die jungen Leute bereits schon einmal untergebracht, ehe sie im Winter des vergangenen Jahres das Gelände an der Helfmannstraße in Besitz nahmen. Der damals noch amtierende Liegenschaftsdezernent Dr. Lutz Wessely (CDU) duldet die Besetzung des Areals unweit der Müllheizwerks, das nach städtischen Plänen Ende 1994 bebaut werden soll. Wesselys Nachfolger Grünewaldt will sich erneut an der Lösung des Problems versuchen.

Und damit will der Sozialdemokrat jetzt ernst machen. Nach seiner Auffassung müßte vor einer Rückkehr entsprechend den Vorschriften über die Modalitäten „im einzelnen gesprochen werden“. Damit sind wahrscheinlich eine ordentliche Wasser- und Stromversorgung, Abwasserbeseitigung und geregelte Müllabfuhr sowie eine polizeiliche Meldepflicht der Bewohner/innen gemeint. De facto bietet der Magistrat damit an, der von den Wohnwagen-Bewohnern auch als Selbsthilfe gegen Wohnungsnot betrachteten Aktion eine rechtliche Grundlage zu geben. Bislang hat die nach bürgerlichen Maßstäben ungewöhnliche Initiative dies ebenso wie befreundete Gruppen in Frankfurt, Wiesbaden, Rüsselsheim, Kassel und Hanau erfolglos gefordert. Einzig die beiden Landtagsabgeordneten Karin Hagemann und Daniela Wagner vom wohnungspolitischen Arbeitskreis der hessischen Grünen, haben sich im April dieses Jahres dafür eingesetzt, daß die Kommunen die Bauwagenplätze legalisieren, diese Form der Selbsthilfe mit niedriger Pacht oder Miete unterstützen und mit den Bewohnern den Belangen des Landschafts- und Naturschutzes Rechnung tragen. Nach Auffassung der Politikerinnen ist dies billiger als die Kosten für die Akutversorgung der Wohnungslosen zu tragen.

Auch wenn es scheint, als sei der Magistrat mit Grünewaldts Vorstoß zumindest im Ansatz auf diese Linie eingeschwenkt, bleiben bis zur Einigung der ungleichen Partner noch einige Hürden. Das größte Hindernis ist, daß die jungen Leute das Gelände an der Gräfenhäuser Straße zwischen Eisenbahn und Autobahn wegen der Enge und hohen Lärmbelastung für „unzumutbar“ halten und deshalb einen Umzug ablehnen. Nicht anerkennen wollen die Bewohner der in Eigenhilfe umgebauten und buntangemalten Wohn- und Bauwagen auch die Begründung der Stadt, wonach angeblich massive Beschwerden der Nachbarn den Magistrat zum Handeln zwingen. Einer der jungen Leute beschreibt das Verhältnis zu den Anwohnern als normal. „Zu einigen haben wir gute Kontakte, andere sind neutral und manche eher zurückhaltend“. Nach dem Selbstverständnis der Bauwagenbewohner/innen unterscheiden sie sich gar nicht so arg von denen, die gemeinhin als Normalbürger angesehen werden. „Bei uns gibt es den üblichen Querschnitt“, erzählt ein großer Schlacks, der noch bis Oktober Zivildienst leistet. „Einige sind Studenten, andere arbeiten regelmäßig und einige sind ohne feste Beschäftigung oder verdienen Geld mit Jobs“.

Welche Beweggründe haben die jungen Leute für das Wohnen in den gekauften oder geschenkten Bauwagen? Es gibt offenbar zwei wesentliche Auslöser für dieses Selbsthilfeprojekt: Zum einen ist es die bewußte Entscheidung im Wohnwagen zu leben; und zweitens der Mangel an bezahlbaren Wohnungen in Darmstadt. Nach einer Untersuchung des Rings deutscher Makler mußten 1991 nur in Berlin und München höhere Mieten als in Darmstadt bezahlt werden. Eine echte Notlösung also, um zumindest mal ein Dach über dem Kopf zu haben.

Während Stadtrat Grünewaldt im Fall des Bauwagenlagers Helfmannstraße fehlende ordnungsgemäße Ver- und Versorgungsmöglichkeiten und Verstöße gegen die hessische Polizeiverordnung über das Wohnen außerhalb von Campingplätzen für die Räumungsverfügung anführt, verweisen seine Bewohner auf Eigenleistungen, damit der Standplatz ökologisch verträglich ist. Eine wesentliche Funktion kommt dabei dem Toilettenwaschwagen zu, dessen Tank regelmäßig geleert wird. Mit Hilfe der Stadt ist auch die Müllbeseitigung gesichert. Auf eine angebotene Stromversorgung haben die Bewohner bewußt verzichtet: Denn nach dem Credo von einem individualistischen Leben in der Gemeinschaft in und mit der Natur gehört der Verzicht auf gewohnte Ansprüche dazu. (rwo)



Die Baustelle Kuhschwanzack in Bessungen – zum Bericht (Heiner Schäfer)

bekannt.

## Vorteil durch Partei am Kuhschwanzack

Wieder einmal mußte der SPD-Stadtverordnete Volker Schmitt das Parlament verlassen.

Der Architekt verdient offensichtlich an städtischem Neubau, dieses Mal am „Kuhschwanzack“ in Bessungen, Ludwigshöstraße. Die Grünen stimmen gegen den Bebauungsplan, „aus Protest gegen den Abriß der ehemaligen Häuser“, begründet Günther Mayer. Planungsdezernent OB Günther Metzger (SPD) sieht das anders: „Die noch vorhandene Bausubstanz im dörflichen Kern ist überaltert, teilweise verfallen. Erhaltungszustand, Gebäudegrößen und Grundstückszuschnitte lassen

werden. In dem Bebauungsplan (W32) sieht die Stadt Wohnungen und Studentenheime vor. Heinrich Knieß (SPD) stellte sich gegen den Grünen-Antrag: „Dem kann und will die SPD nicht folgen. Wir wollen in erster Linie Wohnbebauung. Wir sind gegen Sammellager für Asylbewerber.“ CDU-Sprecher Klein lobte den Entwurf als „ökologischen Musterfall“, den die „SPD daraus machen will“ und versuchte die SPD zu überholen: „Wir wollen, daß daraus auch ein sozial- und bevölkerungspolitischer Musterfall wird“. Ergebnis: SPD, FDP und CDU dafür, die Grünen enthalten sich.

# Eike Ebert verteilt Küßchen und Ohrfeigen

DGB-Kreisvorsitzender Hoffmann spricht bei Sozialforum der SPD in Arheilgen

Immer wenn eine Wahl naht, entdecken die Parteien den Dialog mit dem Bürger. Die Darmstädter SPD macht da keine Ausnahme. Als bewährtes Mittel zum Zweck gelten dafür die Foren, in denen Parteimitglieder, Sachverständige und Bürger diskutieren können. Schließlich gilt es im nächsten Jahr gleich zwei große Herausforderungen zu bestehen: Nach dem 7. März 1993 will die SPD stärkste politische Kraft bleiben, und bei den ersten Direktwahlen für das Amt des Oberbürgermeisters (OB) in Hessen sollen die Darmstädter(innen) den amtierenden Bürgermeister und Sozialdezernenten Peter Benz im Mai - möglichst im ersten Wahlgang - zum Nachfolger des seit 1981 regierenden Günther Metzger bestimmen. Weil er es dabei (bislang) mit dem CDU-Kandidaten Gerhard O. Pfeffermann und der FDP-Landtagsabgeordneten Ruth Wagner zu tun haben wird, rechnet SPD-Unterbezirksvorsitzender Eike Ebert damit, daß beim Wettstreit um die Macht im Darmstädter Rathaus übergeordnete sprich bundespolitische Themen eine zentrale Rolle spielen werden.

Beim dritten Forum der SPD zum Thema „Perspektiven kommunaler Sozialplanung in Darmstadt“ am 14. August in Arheilgen nutzte Ebert die Gelegenheit, um die beiden nominierten Konkurrenten von Benz scharf zu attackieren. Seinem Bundestagskollegen Pfeffermann hielt der

einflußreiche Sozialdemokrat vor, bei der Abstimmung über die Neuregelung des § 218 eine Alternative unterstützt zu haben, die weit hinter die derzeit geltende gesetzliche Regelung für legale Abtreibungen zurückgegangen sei. Auch bei Damen kennt Eberts Galanterie Grenzen. Hatte er wenige Minuten zuvor SPD-Kommunalpolitikerinnen am Eingang zum großen Saal des Hotels „Weißer Schwan“ mit Küßchen auf die Wangen begrüßt, gab es für die FDP-Stadtratsordnete und Mitglied der Darmstädter SPD/FDP-Rathauskoalition Ruth Wagner eine Ohrfeige: Ebert hält der dem FDP-Bundespräsidium angehörenden Frau Wagner vor, mitverantwortlich dafür zu sein, daß es im Bonner Parlament bisher keine Einigung über die Pflegeversicherung gegeben hat. Als Ausweg aus dieser und anderen politischen Sackgassen empfiehlt Ebert fraktionsübergreifende Gruppenanträge, wie es im Fall des § 218 - vorbehaltlich der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts - erfolgreich gewesen sei. Nur mit dem Instrument der Gruppenanträge, so Ebert, könnte der Einfluß von „Reaktionären“ - gemeint war offenkundig Pfeffermann - „und ausschließlich am Machterhalt interessierten Personen gebrochen werden“. Ob Eike Ebert der gleichen Auffassung ist, falls die SPD nach den nächsten Bundestagswahlen 1994 die Oppositions- mit der Regierungsbank tauschen sollte?

Mit dem Besuch des sozialpolitischen Forums durfte die SPD zufrieden sein, zumal sich nach Eberts Augenschein viele parteipolitisch ungebundene Darmstädter unter die etwa achtzig Besucher gemischt hatten. Hauptredner und DGB-Vorsitzender im Kreis Starkenburg, Walter Hoffmann, auch SPD, gehörte nicht dazu: Der im Sommer 1991 zum Nachfolger von Alois Peressin gewählte Gewerkschafter referierte bei seinem ersten Auftritt vor Darmstädter Sozialdemokraten über „Soziale Fragen - regionale Antworten“. Die Themen Wohnungsnot und Obdachlosigkeit wurden ausgeklammert, sie sollen bei einem Forum am 1. Oktober diskutiert werden. Auch wenn Hoffmann die hochgesteckten Erwartungen von Bürgermeister Benz nach konkreten Hinweisen für soziale Planung in den Kommunen nicht erfüllen konnte, gab er einen nachvollziehbaren Einblick in das System der Sozialversicherung, seine aktuellen Probleme und finanziellen Grenzen.

Als Verantwortlichen für die Misere in der Sozialpolitik hat Hoffmann - ganz einer Meinung mit der SPD - die rechtskonservative Bundesregierung ausgemacht. Während die Bonner Koalition fast täglich über neue Kürzungen im sozialen Netz zum Nachteil der Armen nachdenke, würden den Städten und Gemeinden nicht nur die Lasten der Dauerarbeitslosigkeit „vor die Tür gekehrt“, sondern weitere Lasten auferlegt. Als Beispiel nannte Hoffmann die im Grundsatz zwar richtige Entscheidung des Bonner Parlaments, daß ab 1996 jedes Kind Rechtsanspruch auf einen Platz im Kindergarten haben soll. Die Finanzierung dieses Milliarden teuren Vorhabens werde aber ausgeklammert. „Bund und Land machen es sich zu leicht“, kritisierte der Sozialausschußvorsitzende Dr. Harry Neß. Der Kommunalpolitiker wies darauf hin, daß Darmstadt jährlich 19 Millionen Mark für Kindertagesstätten und 18 Millionen Mark laufende Hilfe zum Lebensunterhalt für Bedürftige zahlt. Das ist doppelt soviel wie vor zehn Jahren.

Hoffmann machte sich die Forderung des Städte- und Gemeindebunds zu eigen, der als Interessenvertretung der Kommunen angesichts von erwartender Belastungen zur Finanzierung der deutschen Einheit und des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bei gleichzeitig weiter steigenden Steuern vom Bund einen neuen Finanzausgleich verlangt. Nach Einschätzung des DGB-Vorsitzenden reicht dies aber längst nicht aus, um alte und neue Leistungen zu finanzieren. Statt Umverteilung der Ausgaben innerhalb der städtischen Ressorts schlägt Hoffmann im Gegensatz zu Bürgermeister Benz Mehreinnahmen durch eine „neue“ Gewerbesteuer auch für Freibrufler, bei gleichzeitiger Reduzierung geltender Freibeträge und einer Wiedereinführung der Lohnsummensteuer für Betriebe vor. Hoffmann gestand ehrlicherweise ein, daß diese beileibe nicht neuen Vorschläge einen gravierenden Nachteil haben: Die CDU/FDP-Mehrheit in Bonn hält davon nichts.

Problem künftiger Sozialpolitik, ist die demographische Entwicklung. Im Jahr 2000 werden nur noch 20 Prozent der deutschen Bevölkerung unter zwanzig Jahre, aber doppelt so viele älter als 60 Jahre sein. Die Schwierigkeiten der Rentenversicherung sind offenkundig. In dreißig Jahren werden hundert Beitragszahler 120 Rentner finanzieren müssen. Mit dem Zuzug von Ausländern und ihren Kindern sei diese Entwicklung zumindest zu verlangsamen. Zur kurzfristigen Linderung der derzeitigen Finanzprobleme rechnet Hoffmann mit höheren Rentenversicherungsbeiträgen und angesichts fortdauernder Massenarbeitslosigkeit mit einer baldigen Steigerung der Arbeitslosenversicherung. Aus sozial- wie finanzpolitischen Überlegungen fordert der Gewerkschafter eine massive Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit unter dem Stichwort „Arbeit statt Sozialhilfe“. In Anlehnung an die Forderung von Neß „regional denken, lokal handeln“ befürwortet auch Hoffmann eine Kooperation von Großbetrieben, Verwaltungen, Städten, Gemeinden und Kreisen in Südhessen, um betriebliche Kindergärten einzurichten. Davon könnten - bei Minimierung der Kosten - vor allem PendlerInnen profitieren.

Von regionaler Zusammenarbeit verspricht sich Hoffmann auch Impulse für die Altenpflege. Der steigende Bedarf von Pflegeplätzen könnte durch Abbau von Überkapazitäten in Krankenhäusern erreicht werden. Veränderte Lebensgewohnheiten - dazu zählen auch die steigende Zahl von Single- und Zwei-Personen-Haushalten - werden in den nächsten Jahren dazu führen, daß sich die Pflege von Alten und Gebrechlichen von der Familie hin zu öffentlichen Einrichtungen verlagert, damit zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe werde und auch von der Allgemeinheit finanziert werden müsse. (rwo)

## MELDUNGEN

### Betrifft: Zielpersonen

„Welche Bußen oder sonstigen Maßnahmen wurden bei Zuwiderhandlungen verhängt?“ wollte die Stadtverordnete Ruth Wagner (FDP) vom Magistrat wissen. Ihre Frage bezieht sich auf den „Aufenthalt zum Alkoholgenuß als nicht erlaubnisfähige Sondernutzung“, wie die Bürokraten ihren Sauberkeitserlaß nennen, um biertrinkende Jugendliche und Obdachlose vom Luisenplatz fernzuhalten.

„Seit 1989 wurden bei der städtischen Bußgeldstelle 113 Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet“, antwortet Stadtrat Dr. W. Rösch (CDU). „Die Bußgeldhöhe lag je nach Einzelfall zwischen 50 und 350 DM. Daneben wurden in einer Vielzahl von Fällen mündliche Verwarnungen erteilt, Platzverweise ausgesprochen sowie Flaschen mit alkoholischen Getränken sichergestellt und entsorgt. ... Die Ansammlungen der Zielpersonen haben sich aus dem Innenstadtbereich heraus weitläufig verlagert. Die bisher geübte Praxis sollte deshalb fortgesetzt werden.“

Die Bezeichnung „Zielpersonen“ ist treffend, gilt diese Satzung doch nicht generell, sondern nur für bestimmte Personen - selbstverständlich bleibt für ordentliche BürgerInnen der Alkoholgenuß ohne Folgen. *Wo kein Kläger ist auch kein Richter.*

### Abzug von US-Soldaten

Die US-Streitkräfte ziehen weitere 4000 Soldaten in diesem Jahr aus Hessen ab - unter anderem auch aus Darmstadt. Von ehemals 60.000 Soldaten sind dann noch 35.000 in Hessen stationiert. Konkrete Zahlen für Darmstadt werden nicht genannt.

### Offene Ausbildungsstellen

2000 Ausbildungsstellen von Betrieben, Verwaltungen und Praxen sind noch nicht fest vergeben. Dem stehen rund 1000 BewerberInnen gegenüber, meldet das Arbeitsamt. Wer noch keine gefunden hat, dem stehen viele Wege offen.

### Mehr Geld für sozialen Wohnungsbau

Den sozialen Wohnungsbau will die Landesregierung dadurch beleben, daß sie die Beteiligung bei der Gemeinnützigen Wohnungsbau Hessen (GWH) und der Kurhessen Wohnungsbau GmbH um 29,2 Millionen Mark erhöht. Im Nachtragshaushalt sind außerdem für 1993 bis 1995 für Kindertagesstätten 260 Millionen Mark enthalten, die 20.000 zusätzliche Plätze ergeben sollen. Für Flüchtlinge aus Bosnien werden 5 Millionen vom Land und dieselbe Summe vom Bund bereitgestellt, meldet Finanzministerin Dr. A. Fugmann-Heesing (SPD).

### Hilfe für SchülerInnen

Gegen Notenstreß und um SchülerInnen zu helfen, organisiert der „Studienkreis“ einen Nachhilfeunterricht in kleinen Gruppen. Nach Angaben der Organisatoren liegt die Erfolgsquote bei über 90 Prozent bereits nach einem halben Jahr. Für Eltern, die von dem Hilfsangebot Gebrauch machen möchten, ist der Studienkreis in Darmstadt unter der 293914 von montags bis freitags (14 bis 17 Uhr) erreichbar.

### Gefährlicher Nebenverdienst

Das Arbeitsamt meldet scharfe Gangart gegen Arbeitslose, die nebenher Geld verdienen und auch so einen lächerlichen Betrag (über als 30 Mark pro Monat) nicht angeben. Das Computerzeitalter macht's möglich: Die Behörden können bereits zum Teil ihre Daten abgleichen - Vorsicht ist geboten. „Jede Nebentätigkeit während der Arbeitslosigkeit oder der beruflichen Fortbildung und Umschulung muß dem Arbeitsamt angezeigt werden. Wer während des Leistungsbezuges eine Nebenbeschäftigung ausübt und hierfür ein Entgelt erarbeitet, hat dies dem Arbeitsamt unverzüglich mitzuteilen. Der Zeitpunkt der Auszahlung des Entgelts ist hierbei unerheblich; maßgebend ist der Zeitraum der Tätigkeit. Dies gilt auch dann, wenn sich das Einkommen innerhalb der Geringfügigkeitsgrenze von zur Zeit 500 DM monatlich bewegt.“

Auf die Leistungen des Arbeitsamtes bleiben Nebeneinkommen von netto 30 DM in der Woche anrechnungsfrei. Darüber hinaus erzielte Einkommen werden mindestens zur Hälfte auf das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosenrente oder das Eingliederungsgeld angerechnet. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Nebenverdienste steuer- oder sozialversicherungspflichtig sind. Die Nebenbeschäftigung darf die wöchentliche Arbeitszeit von 18 Stunden nicht erreichen. Wer 18 oder mehr Stunden arbeitet, gilt nicht mehr als arbeitslos.

Wer Einkommen aus einer Tätigkeit, die neben der Teilnahme an einer Maßnahme unselbständig oder selbständig ausgeübt wird, erzielt, hat diese ebenfalls unverzüglich anzuzeigen. Bei einem Bezug von Unterhaltsgeld bzw. Eingliederungsgeld werden die Netto-Nebeneinkünfte ebenfalls in voller Höhe angerechnet, soweit sie 30 DM pro Woche übersteigen. Bei der Anrechnung bleiben einmalige und wiederkehrende Leistungen (z.B. Weihnachts- oder Urlaubsgeld) unberücksichtigt.

Das Arbeitsamt fordert alle Leistungsempfänger mit Nebeneinkommen auf, die Tätigkeit und das Nebeneinkommen anzuzeigen. Bei Unterlassung drohen empfindliche Geldstrafen oder im Betrugsfalle ein Strafverfahren. Aufgrund des Meldeverfahrens für geringfügige Beschäftigungen und durch einen Datenabgleich zwischen den Sozialversicherungsträgern würden Nebentätigkeiten immer bekannt werden“ - denn Arbeitgeber wollen Lohngehälter selbstverständlich absetzen.

### Radweg nach Roßdorf

Der Radweg Darmstadt-Roßdorf wird gebaut. Die Arbeiten haben vor einigen Tagen begonnen. Die Fahrbahn der Aschaffenburger Straße wird dann auf eine Breite von 5,50 Meter reduziert. Wie das städtische Presseamt schreibt, wird der Verkehr tagsüber mit Ampeln geregelt. Wegen möglicher Behinderungen, rät die Verwaltung den Verkehrsteilnehmern, ab Anschluß Roßdorf-West die B 26 zu benutzen.

### Unzumutbarer Gestank

Die Stadt Darmstadt will die Geruchsbelästigung durch die Bioabfall-Kompostierungsanlage in Kranichstein nicht mehr dulden. Bei der Stadtverordnetenversammlung am 20. August bezeichnete Bürgermeister Peter Benz (SPD) den Gestank als unzumutbar. In Übereinstimmung mit dem Regierungspräsidium (RP) will die Stadt den Betreibern der Anlage „strenge Auflagen“ für einen verbesserten Betriebsablauf machen, heißt es in einer von Volker Rinnert herausgegebenen Verlautbarung des städtischen Presseamts.

### Brandanschlag

Zwei flüchtige Männer haben Ende Juli mehrere Brandsätze gegen das Asylbewerber-Wohnheim in Griesheim (Landkreis Darmstadt-Dieburg) geschleudert. Bei dem Anschlag kurz vor Mitternacht wurde niemand verletzt, den Sachschaden nennt Karl J. Kärchner vom Polizeipräsidium Darmstadt vergleichsweise gering. Die Polizei fahndet nach den Brandstiftern, die vermutlich in einem Opel Caravan geflüchtet sind. Hinweise an die Polizei unter der Rufnummer 401263. (red)



So sollte der Boden einer geruchsfreien Biotonne mit klockeren Zweigen bedeckt sein (Foto Heiner Schäfer)

# Wenn die Luft fehlt, stinkt's

Wie ein längst überfälliges und gut gemeintes Projekt dann doch einen schlechten Geruch bekommt, zeigt das Beispiel Bio-Tonne. Besonders bei warmem Wetter stehen ganze Straßenzüge unter Fäulnis-Geruch. Besonders schlimm wird es, wenn die Müllabfuhr die Bio-Tonnen leert. Auch AnwohnerInnen der Kompostierungsanlage haben sich schon über den Gestank beschwert.

Wie kommt es zu den Duftschwaden? Es gibt zwei Arten von Vergärung. Als aerobe Vergärung bezeichnen Biologen die Verrottung unter Luftzufuhr (aerob = Luft), beispielsweise auf einem Komposthaufen. Hier sorgen Gartenabfälle für eine lockere Schichtung und damit für gute Belüftung. Zugefügte Gartenerde und Regenwürmer verbreiten die aeroben Bakterien. Als Abfallprodukt entsteht Kohlendioxid, das von den Pflanzen wieder aufgenommen wird.

Die anaerobe Vergärung (anaerob = ohne Luft) findet unter Luftabschluss statt. In einer Biogas-Anlage wird auf diese Weise aus organischen Abfällen Methanogas erzeugt, das nach einer Reinigung wie Erdgas verwendet werden kann. Im Boden ist die anaerobe Vergärung unerwünscht, weil das Methan Wurzeln und Bodenbakterien schädigt.

Wenn die Abfälle in einer nahezu luftdichten Tonne aufbewahrt werden, wird die Tonne besonders bei Wärme schnell zur Biogas-Anlage. Das Biogas (Methan) wird aber nicht genutzt, sondern tritt zusammen mit anderen übelriechenden Faulgasen aus den kleinen Luftlöchern der Bio-Tonne aus. Da das Methan die aeroben Bakterien tötet, kommt auch auf der

Kompostierungsanlage die aerobe Vergärung nur langsam in Gang. Dann kann es vorkommen, daß auch eine gut gepflegte Kompostierungsanlage stinkt.

Was kann der geruchsgeplagte Hausmann dagegen tun? Ein Wurmkomposter braucht kaum mehr Platz als die Bio-Tonne, stinkt auch im Sommer nicht (mein Komposter verarbeitet seit drei Jahren ohne besondere Pflege und ohne Gestank sogar Fischreste) und liefert Kompost für Fassadenbegrünungen oder Balkonblumen.

Die Stadt empfiehlt die Zugabe von saugfähigem Material in die Bio-Tonne. Empfehlung an die Stadt: Die Luftlöcher in der Bio-Tonne müssen vergrößert und im unteren Bereich zusätzliche Löcher angebracht werden. Die Zugabe von in der Kompostierungsanlage aus dem Kompost ausgesiebt Material (z. B. Aststücke) würde die geruchsneutrale aerobe Vergärung schon in der Bio-Tonne in Gang bringen. Dieses Material enthält die aeroben Bakterien und sorgt zusätzlich für bessere Durchlüftung.

Die Stadt Darmstadt hat auf das Geruchs- und Madenproblem reagiert und die wöchentliche Leerung der Biotonnen verfügt. Der Abholtag bleibt gleich. Wie es in einer von Volker Rinnert herausgegebenen Pressemitteilung heißt, soll der neue Abfuhrhythmus vorerst bis mindestens Ende September beibehalten werden. Was in der Tonne anfängt zu stinken, hört natürlich auf der Deponie nicht gleich auf und gammelt weiter vor sich hin - wie in Kranichstein, wo die Duftschwaden zu einer unerträglichen Geruchsbelästigung geworden sind. Heiner Schäfer